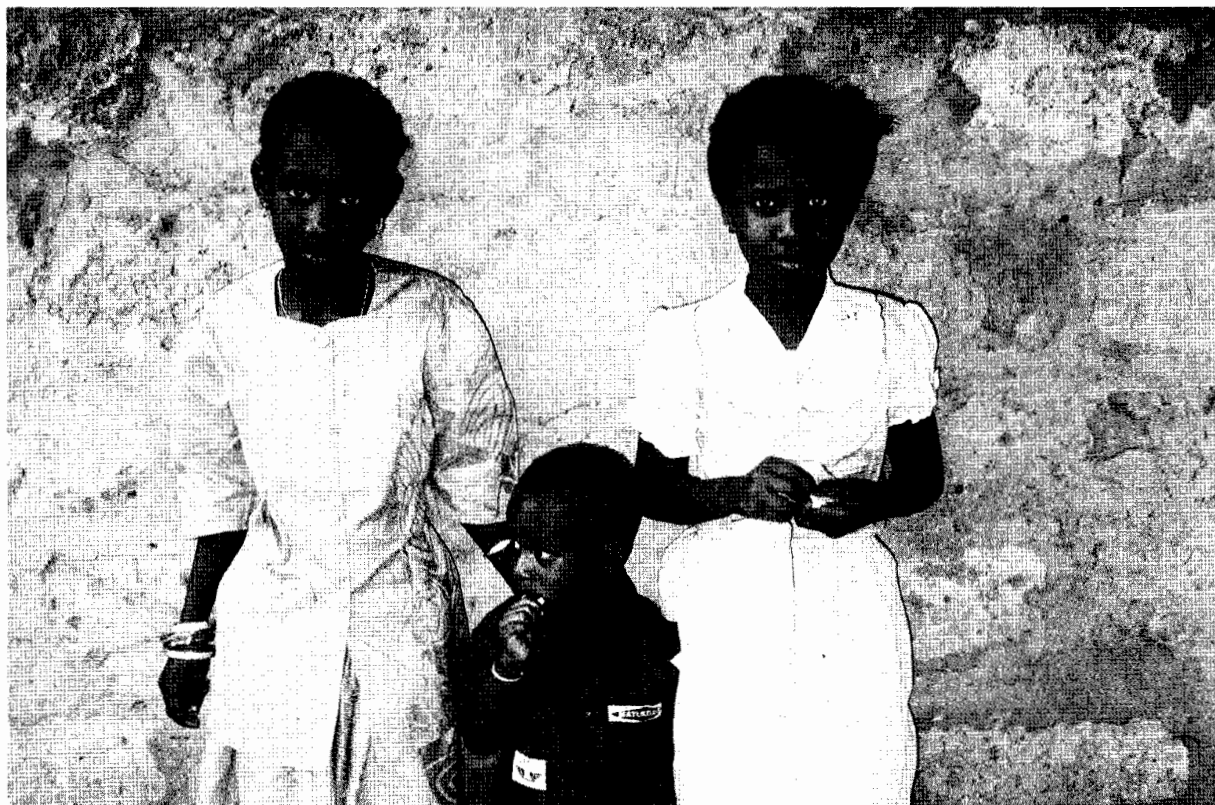


Warum wehrt ihr euch eigentlich nicht? – Macht und Ohnmacht in Simbabwe

It is not the violence of the few that scares me,
it is the silence of the many.¹

Martin Luther King



Da bekämpft eine Regierung die eigene Bevölkerung. Zunächst sukzessive und kaum merklich, später deutlich spürbar, schließlich erklärtermaßen. Der unmaskierte „Krieg“ tobt in Simbabwe nun schon über vier Jahre. Erklärt wurde er Anfang 2000, nachdem die Regierungspartei Zanu-PF dem Ergebnis eines Verfassungsreferendums entnommen hatte, dass der Zenit ihrer Macht überschritten war. Sie konnte dann zwar nicht mehr verhindern, dass der Neuankömmling MDC (*Movement for Democratic Change*, gegründet 1999) im bis dato Einparteienparlament die verfassungsändernde Mehrheit brach, unbesenen massiver Einschüchterungskampagnen und ausgeklügelter Wahltricks. Doch

seitdem hat Zanu-PF systematisch alles Erdenkliche versucht, um aus allen gesellschaftlichen und staatlichen Sphären Einflüsse zu verbannen, die ihr Monopol auf nationale Definitions- und Verteilungsmacht in Frage zu stellen schienen.

Eine Weile lang hatte es so ausgesehen, als handele es sich bei der Orgie aus Gesinnungskontrolle, Schikane, Gewalt, Repression und Ressourcenentzug, mit der sich Simbawwes Bevölkerung seitdem überzogen sieht, um das letzte Aufbäumen einer nach zwei Jahrzehnten zutiefst maroden, ausgelaugten Regierungsmaschinerie, der nicht nur die Legitimation, sondern vor allem Vision und Programm abhanden gekommen waren. Manche

trugen die Konsequenzen gar mit einer gewissen Nonchalance, nach dem Motto: „Wir haben schon Schlimmeres durchgestanden. Lasst sie sich nur austoben, dann sind sie umso schneller erledigt.“

Andere stifteten Hoffnung und entwickelten Ideen für bessere Zeiten, in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie bei der politischen Opposition, in der Stadt wie auf dem Land. Die Bewältigung der Hindernisse, die die Regierung Robert Mugabes unterdessen errichtete, trug mitunter den Charakter einer Mutprobe: Was uns nicht umbringt, macht uns nur stärker...

¹ Nicht die Gewalt der Wenigen macht mir Angst, sondern das Schweigen der Vielen

Verhandlungen führen ins Leere

Zudem gab es immer wieder neue Zielmarken, die für ein Klima erwartungsvoller Aufregtheit sorgten. Etwa die Wahlanfechtungen von Oppositionskandidaten aus 37 Wahlkreisen oder die Vereinbarung des Commonwealth mit Simbabwe über eine Beendigung der Landbesetzungen und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit. Schließlich die Präsidentschaftswahlen im März 2002. Von Mugabe ausdrücklich als „totaler Krieg“ gegen MDC geführt, ging die Opposition mit ihrem Kandidaten Morgan Tsvangirai im unerschütterlichen Glauben an die Macht des Guten, Wahren und Legalen ins Wahlgefecht. Es siegten die Gewalttätigkeit des Staates und die Furcht vor ihr.

Erneut füllten Wahlanfechtungsklagen die Gerichtsakten – und sei es nur, um Richter von Mugabes Gnaden an das oberste Prinzip ihrer Amtsführung zu erinnern: Unparteilichkeit. Aber selbst die schrecklichen Rachefeldzüge der Zanu-PF in der Nachwahlperiode hatten etwas Tröstliches: Stellten sie nicht letztlich das Eingeständnis dar, die Wahlen gestohlen zu haben? Bedeutete dies nicht, dass selbst Zanu-PF an MDC nicht mehr vorbeikam? Könnte es nicht eine Zwischenlösung geben, einen Minimalkonsens, einen gemeinsam vorbereiteten Neuanfang in Anerkennung des legitimatorischen Schachmatt?

Es begann die Hängepartie der Gerüchte und Dementis, der Augenschereien, der „talks about talks“⁴². Die Präsidenten von Südafrika, Malawi und Nigeria gaben sich bei geheimen Vermittlungsbemühungen in Harare die Türklinke in die Hand. Gewerkschaften, studentische, Jugend- und Frauenverbände, kirchliche Gruppen, die Verfassungsbewegung, Lehrer und Lehrerinnen, Menschenrechtsorganisationen und intellektuelle unterstrichen ihre Sicht der Dinge in Konferenzen, Petitionen, Leserbriefen, Demonstrationen und Streiks. Bischöfe verklausulierten ihren Protest in Bibelstellen. Pfarrer gingen auf die Straße, um öffentlich den Tod der Gerechtigkeit zu beklagen. Die häufigste Antwort: Verhaftung, Tränengas, Prügel oder Folter. Das Vergehen: eine Meinung äußern, gar eine Forderung aufstellen.

Eine Troika respektabler Bischöfe schließlich versuchte erfolglos ihr Bestes als „Eisbrecher“, nachdem der skrupellose Machtpolitik nicht nur Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Rechtssicherheit und die Unabhängigkeit der Justiz geopfert worden waren, sondern auch die Ernährung der Bevölkerung im einstigen Brotkorb des südlichen Afrika. Die Zwischenbilanz: Eine politische Sackgasse, eine Volkswirtschaft in den Knien, ein massiver Exodus simbabwischer Fachleute ins Ausland, eine korrupte Spekulationswirtschaft in der Hochblüte und ein sozialer Scherbenhaufen, in dem sich nicht nur sämtliche Errungenschaften seit der Unabhängigkeit Simbabwes von 1980 aufgelöst haben, sondern der selbst das Leid der Entrechteten während der Kolonialzeit weit in den Schatten stellt. Noch letztes Jahr umschrieb ein simbabwischer Journalist die Lage seines Heimatlands mit den Worten: „Alles ist knapp außer der Hoffnung“. Selbst dieser letzte Ausdruck von Unverwundlichkeit ist inzwischen sehr rar geworden. So wagt kaum noch jemand davon zu träumen, dass die Parlamentswahlen im März 2005 – für die der Vorwahlkampf der Zanu-PF bereits in vollem Gange ist – irgendeine Veränderung des Status quo mit sich bringen könnten. In den Denkfabriken der Zanu-PF, so die Überzeugung vieler, sind die Wahlzettel schon längst ausgezählt worden.

Die Ernüchterung ist komplett. Unter der Demontage der Illusionen tauchen Fragen auf: Wie ist es möglich, dass eine unter den Bedingungen der beginnenden Krise in den 90er-Jahren derart kritisch, kreativ und zielstrebig gewordene Zivilgesellschaft so wenig Breitenwirkung erzielt hat, selbst nach einer nahezu flächendeckenden Verfassungskampagne, die eine Vielfalt von Interessen zu bündeln vermocht hatte? Wie kann es sein, dass wir all dies mit uns geschehen lassen, dass wir offenen Auges dabei zusehen, wie sich die Schlingen um unsere Hälsen unaufhaltsam enger ziehen?

Die antikoniale Rhetorik zeigt Wirkung

Als Antwort fällt häufig das Schlagwort von der „Befreiungsbewegung an der Macht“. Dabei wirkt der Wortbestandteil „-bewegung“ störend.

Denn Zanu-PF ist ein Monolith, der mit dem Rücken zur Gegenwart seine gesamte Existenzberechtigung aus der Mission seiner Entstehungsgeschichte bezieht: Befreiungskampf. Mit dieser Metapher, nebst ihren zwei Begleitern – „Revolution“ und das identitätsstiftende, Schulterschluss gebietende „Africanness“ – unterlegen Mugabe und seine Funktionäre unter dem Leitmotiv der anti-kolonialen Landrücknahme noch jeden Begründungszusammenhang repressiver Maßnahmen, gleichermaßen gegen die Pressefreiheit wie gegen selbstbestimmte Kommunalpolitik, gegen humanitäre Nichtregierungsorganisationen wie gegen Schwule und Lesben.

Dabei wird die Welt in zwei Hälften geteilt; sie besteht im Wesentlichen aus Guten und aus Bösen. Die Bösen sind die neokolonialen Tony Blairs dieser Welt. Die Guten sind die entrechteten Völker der Entwicklungsländer. Letztere stehen per definitionem auf Seiten des Befreiungskampfes. Sollten sich nun unter den „Guten“ welche befinden, die bestreiten, dass die höchstentwickelte Form der Demokratie bereits durch den siegreichen Befreiungskampf hervorgebracht worden ist, so handelt es sich um jene bedauernswerten Schwächlinge, die sich von den Tony Blairs haben kaufen lassen. Solche Nestbeschmutzer müssen unerbittlich bekämpft werden, weil sie als Agenten der Bösen unter dem Deckmantel der Guten unerhörten Schaden anrichten können.

Dieses simple Konstrukt wird von den Regierungssprachrohren wie ein Mantra verkündet. Es ist so tauglich, dass etwa der Oppositionsführer im Juli einer tagelangen Hausdurchsuchung unterzogen wurde, nachdem er einem Attentatsversuch entkommen war und Anzeige erstattet hatte. Der Polizeisprecher erläuterte im Brustton der Überzeugung, man vermute, dass er das Attentat auf sich selbst vorgetäuscht hat, um die Regierung zu schädigen. Nun suche man bei ihm also die Tatwaffen. Auf ähnliche Weise gehen nationale Versorgungs-knappheiten aller Art auf das Konto der verräterischen Opposition, die mit den sabotierenden Briten unter einer Decke steckt.

Solche Vereinfachungen und Verdrehungen machen in simbabwischen Ohren mitunter durchaus Sinn. Sim-

2 Gerüchte über Gespräche zwischen MDC und Zanu-PF



Simbabwe hat eine allgegenwärtige, entwürdigende und zuletzt äußerst brutale Siedlerherrschaft erfahren und viel Blut vergossen, um sie abzuschütteln. Daran kann die „Befreiungsbewegung“ Zanu-PF auch heute glaubhaft anknüpfen, sei es unter Bezug auf die einseitigen Bilanzen der Globalisierung, den Irakkrieg oder den doppelten Boden der Weltmächigen bei der Durchsetzung universaler Menschenrechte.

Zudem ist der Informationsaustausch in Simbabwe auf ein kaum mehr zu unterbietendes Niveau reduziert und zu einem kaum zu überbietenden Maße staatlich kontrolliert, besonders auf dem Land. Dies im Blick zu haben ist wichtig, um den Grad von Loyalität zur Regierungspartei realistisch einschätzen zu können. Selbst Oppositionelle gehen davon aus, dass rund die Hälfte der Bevölkerung mangels alternativer Informationsquellen und Erfahrung im Zweifelsfalle auf Seiten der Zanu-PF steht, trotz tiefreichender Unzufriedenheit und oft sogar trotz eigener Gewalterfahrungen mit Polizei, Armee oder Zanu-PFs Hilfsmilizen. Die Milizen setzen sich aus jenen Kräften zusammen, bei denen noch in den

90er-Jahren viel oppositionelles Potenzial gelegen hatte: Von den Verheißungen des anti-kolonialen Kampfes getäuschte, erbitterte Veteranen des Befreiungskriegs sowie um die Verheißungen der Unabhängigkeit betrogene, perspektivlose Jugendliche mit teils recht guter Schulbildung. Zanu-PF integrierte sie frühzeitig in ihre Patronagenetzwerke, unterzieht sie patriotischer Gehirnwäsche, bildet sie in Folter- und anderen Terrorerfahrungen aus und schickt sie übers Land.

Die Schwäche der Zivilgesellschaft hat historische Wurzeln

Physische, psychische und strukturelle Gewalterfahrung und Gehorsam gegenüber Obrigkeiten sind im nationalen Gedächtnis Simbawes stärker verankert als demokratische Entscheidungsfindungsprozesse, Eigeninitiative oder Zivilcourage. Der Politologe John Makumbe drückte dies in

einem Vortrag sinngemäß so aus: Wir haben es mit einer ununterbrochenen Kette der Gewalt zu tun. Mit Gewalt wurde das Land okkupiert; mit Gewalt wurde die Nation kolonisiert; mit Gewalt schließlich wurde die Nation befreit – und nun haben wir die Gewalt der Befreier, um sich an der Macht zu erhalten.

Das war Mitte der 90er-Jahre, und Makumbe erntete im Publikum großen Beifall für den prägnanten Erkenntnisgewinn. Noch ein Jahrzehnt zuvor hätte er dafür eher Unverständnis geerntet. Damals, übrigens inmitten des Regierungsterrors gegen die Zivilbevölkerung im Matabeleland, glaubte man mehrheitlich noch, politische Unabhängigkeit und Demokratie seien zwei Seiten derselben Medaille. Als sich dies während der Errichtung einer übermächtigen Exekutivpräsidentschaft mit einem quasi Einparteienparlament als Trug zu erweisen begann, war es zu spät, sich an Demokratie noch unbefangen oder gar umfassend zu versuchen. Jene zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich damals aus einer dienenden Tradition heraus in eine kritische Rolle

hineinarbeiteten, taten dies also zu einem Zeitpunkt, als sich die Schlingen bereits zuzogen. Dieser Umstand hat dann zwar zu einer beachtlichen Wachsamkeit und intellektuellen Aufgewecktheit geführt, aber man rutschte doch unvermeidlich in die Fallen eines polarisierenden Diskurses, der Ideen ideologisch monopolisiert und Zwischentöne ebenso wie Prozesse weitgehend ausschließt.

Inzwischen aber geht es schon längst um noch viel mehr als um den Kampf der Ideen und die Eroberung politischer Gestaltungsräume. Zu viele Menschen müssen sich täglich ums schiefe Überleben kümmern. Besonders Fähige und Privilegierte, darunter zu viele kluge politische Köpfe, verlassen das Land. Zurückgebliebene brechen allmählich zusammen unter den Bürden der Landvertreibung (bis jetzt allein 780.000 Menschen aus Farmerfamilien!), eines schrumpfenden Arbeitsmarkts, einer kollabierten Gesundheitsversorgung – ausgerechnet im Angesicht der Hiv/Aids-Pandemie – und einer demontierten Landwirtschaft. Die Allgegenwart von Hunger, Krankheit und Tod macht vielen allein das Aufwachen am Morgen zum Fluch.

Immer mehr Menschen glauben, nur ein Wunder könne sie noch retten. Unterdessen mahnt ein Bischof seine Schutzbefohlenen, dass Gott denjenigen hilft, die sich selbst helfen: „Schließlich kann die Regierung nicht das ganze Volk ins Gefängnis stecken.“ In einer Wüste von Furcht, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit steht Erzbischof Pius Ncube mit einer Hand voll anderer wackerer Menschen bereit, Opfer für eine bessere Zukunft zu bringen. Das Wunder indessen wird geschehen, sobald jene, die für Wunder beten, gemeinsam aufstehen und sich den Wackeren zugesellen. Die letzte Kraft dazu speist sich jetzt vielleicht nur noch aus Solidarität, von innen wie von außen.

Sabine Fiedler-Conradi